

Petra Fuchs und Katrin Kwiatkowski

## Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich – zum Umgang mit einer eigensinnigen „Ressource“

Bericht über eine Fachtagung

Das bürgerschaftliche Engagement ist eine in Zukunft immer wichtiger werdende, jedoch sehr eigensinnige, manchmal auch widerspenstige „Ressource“. In den Kommunen entwickeln sich bunte Engagementlandschaften, die kommunale Angebote der Daseinsvorsorge qualitativ ergänzen und das Leben in den Stadtteilen und Nachbarschaften bereichern. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger trägt damit zur Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens und einer Zivilgesellschaft bei, in der freie Entfaltung und Solidarität einander ergänzen. Damit diese für das Zusammenleben aller so wertvolle „Ressource“ sich entfalten und entwickeln kann, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Was hat sich bewährt? Was gilt es eher zu vermeiden? Was ist unerlässlich?



Petra Fuchs

Auf der Grundlage des im Eigenverlag des Deutschen Vereins herausgegebenen Handbuchs „Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich“ waren diese Fragen Gegenstand einer Fachtagung, die am 12. November 2012 in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) durchgeführt wurde. Expertinnen und Experten aus dem Engagementbereich wurde die Möglichkeit geboten, sich zum Ist-Zustand und den Entwicklungspotenzialen der kommunalen Engagementförderung zu beraten. Ziel des fachlichen Austausches war es, dringende Erfordernisse in der Engagementförderung herauszufiltern sowie die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen zu erörtern.

Das Impulsreferat zur Einführung in das Thema „Lokale Engagementförderung“ hielt Holger Backhaus-Maul von der Martin-Luther-Universität zu Halle-Wittenberg. Er prä-

sentierte aktuelle Forschungsergebnisse zum motivationalen Hintergrund Engagierter und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für engagementpolitische Organisationen. Backhaus-Maul charakterisierte die „Ressource“ Engagement als eigenwillig und wechselhaft, aber existenziell für die moderne Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement müsse deshalb zu einem Kernanliegen der Kommunen werden. Deren große Herausforderung bestehe darin, Infrastruktur bereitzustellen, kluge Investitionen zu tätigen und komplexe Kooperation zu fördern. Entscheidend dabei sei der Wille, einen Teil der politischen Macht abzugeben und sich kritischen Debatten zu stellen.



Katrin Kwiatkowski

Auf die Einführung folgten drei Themenblöcke, die jeweils mit Inputs von Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und kommunaler sowie verbandlicher Praxis eingeleitet und anschließend vom Fachpublikum diskutiert wurden.

- Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen zur Förderung von Engagement und Partizipation,
- Lokale Netzwerke und ihre kommunale Bedeutung,
- Kommunales Leitbild „Bürgerkommune“.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ging es in der Diskussion um Fragen wie: Gibt es im Aufgabenspektrum der

**Petra Fuchs** ist Leiterin der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Verein; **Katrin Kwiatkowski** ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Newsletter-Redaktion des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Infrastruktureinrichtungen erkennbare inhaltliche Trends, z.B. OE-Beratung oder Beratung von Unternehmen als Engagementförderer? Welches Leitbild wird verfolgt? Verstehen sich die Infrastruktureinrichtungen eher als Vermittlungsagenturen oder als Entwicklungsagenturen? Gibt es Unterschiede bei den Typen? Mit welchen Infrastrukturen werden welche Erfolge erzielt? Wie muss die Mindestausstattung beschaffen sein? Welche Kompetenzen sind erforderlich? Können Bürgerstiftungen nachhaltig zur Förderung des BE beitragen? Wie kann eine nachhaltige Finanzierung erreicht werden?

## Ergebnisse

Engagement ist Kernanliegen der Kommunen und große Herausforderung zugleich. Bürgerschaftliches Engagement ist von existenzieller Bedeutung für moderne Gesellschaften und zu verstehen als wachsend bedeutsamer, aber eigensinniger Teil der Sozialpolitik: Es ist gesellschaftspolitisch und sozial. Die Förderung von Engagement muss zwingend verknüpft werden mit Good-Governance-Bemühungen und dem Einbezug in Partizipationsprozesse, damit die „Ressourcen“ des Engagements dem Gemeinwohl erhalten bleiben. Dabei geht es um:

- Bürgerzeit (Vereinbarkeit von Engagement, Familie und Beruf),
- Bürgerwissen (Kompetenzgewinne in lokalen Bildungslandschaften auf formaler, nonformaler und informeller Ebene),
- Bürgergeld (von den Voraussetzungen bei der Ressourcenausstattung von Engagierten bis zu deren Beitrag im Welfare Mix).

Die Ausgangssituation in den Kommunen ist unterschiedlich. Es gibt eine bunte Landschaft unterschiedlichster Aktivitäten und Akteure und dementsprechend einen großen Koordinierungsbedarf vor Ort. Hier hat die kommunale Verwaltung eine wichtige Funktion. Die Infrastruktur ist entsprechend den lokal unterschiedlichen Voraussetzungen zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, d.h. unterschiedliche Geschwindigkeiten sind zuzulassen und die Vielfalt des Engagements ist beizubehalten (Diversity). Entscheidend ist, dass die Qualität, zum Beispiel über ein Qualitätsmanagementsystem, gewährleistet ist.

Eine zentrale Voraussetzung für eine gute Entwicklung ist die Verständigung über ein Leitbild „Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement“ als kommunalpolitische Handlungsgrundlage und die sukzessive Umsetzung eines solchen Leitbildes in kommunales Handeln (Strukturen, Personal- und Finanzressourcen) mit Beteiligung der Netzwerke in und mit Bürgergesellschaft, Staat/Kommune/Wirtschaft. Bewährt hat sich die Einrichtung eines „Meta-Netzwerks“. Hilfreich ist ein pragmatischer Netzwerkbegriff und das Zulassen von unterschiedlichen Formen von Netzwerken (z.B. projektorientierte, netzwerkähnliche Kooperationsformen, Informationsnetzwerke, interdisziplinäre und spartenübergreifende Netzwerke etc.). Wichtig ist auch eine Beteiligung an überörtlichen Netzwerken auf Landes- und Bundesebene. Stabsstellen sind von Bedeu-

tung für die Übersetzungsarbeit. Die Unterstützung der Leitungsebene ist unabdingbar.

Zukünftige Themen sind: Neue Engagementfelder (sozialräumlich, politisch, online), Vereinsberatung und Wirkungsmessung. Es gilt, Engagement für alle zu ermöglichen. Von Exklusion bedrohte Menschen müssen eingebunden werden. Hierfür sind neue Formen der Ansprache und des Zugangs zu entwickeln, weil für sie oftmals die klassischen Beteiligungsformen nicht passen. Ansätze wie Community Organizing sollten in Kooperation mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren verstärkt realisiert werden. Sie können die Gestaltung ganzer Sozialräume voranbringen und echte Beteiligung und Teilhabegerechtigkeit erwirken. Strukturschwache ländliche Räume stellen besondere Herausforderungen dar.

Aus Sicht der Stiftungen ist es wichtig, dass bürgerschaftliches Engagement, das von der Einsatzbereitschaft des Einzelnen lebt, nicht durch Bevormundung und übersteigerte Erwartungen beeinträchtigt werden darf. Es gilt Formen der Zusammenarbeit und des Netzwerkens zu finden, die zugleich Synergieeffekte und Individualität der einzelnen Organisationen gewährleisten. Ziel der Netzwerkarbeit sollte es vielfach nicht sein, neue Projekte zu entwickeln, sondern die Sichtbarkeit und nachhaltige Wirkung der vorhandenen Projekte und Organisationen zu steigern. Bürgerstiftungen können als Plattform, Heimathafen und Ausgangspunkt für erforderliche Engagementinfrastrukturen genutzt werden. Dabei bedarf es eines partnerschaftlichen Kooperationsverhältnisses mit den bestehenden Infrastruktureinstypen vor Ort. Deren jeweilige Stärken und Schwächen gilt es, in künftigen Diskussionen weiter zu beleuchten und deren Vielfalt konstruktiv und kooperativ fortzuentwickeln.

Good (urban) governance muss neben Politik und Verwaltung auch Unternehmen, Institutionen, Stiftungen, Wohnungsbaugesellschaften und Kirchen als Partner einbinden. Deutlich wurde die Doppelfunktion der Partizipation: Sie führt zu sozialer Integration und gleichberechtigter Teilhabe am urbanen/gemeindlichen Leben und erhöht andererseits Kooperations-, Mitwirkungs- und Teilhabeansprüche. Partizipation verändert Politik und Verwaltung, indem sie mehr Serviceorientierung, mehr Diskussionen in Alternativen und die Bereitschaft zur Teilung von Macht und Kompetenzen erfordert. Verwaltung braucht entsprechende Qualifizierungen. Zielgruppenspezifische Aktivierungs- und Ermutigungsansätze gewinnen an Bedeutung.

Zentral für die lokale Infrastrukturentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ist eine nachhaltige Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen. Viele dieser Einrichtungen befinden sich in einer prekären Situation. Appelle zur Infrastrukturförderung helfen nur begrenzt. Benötigt werden klare, durchgerechnete Modelle, die realisierbar und finanzierbar sind, und Fördersysteme, die Kooperation statt Konkurrenz fördern, z.B. durch die Entwicklung einer gemeinsamen Engagementstrategie vor Ort. Statt Förderung mit der Gießkanne wird eine wirksame Strategie mit bedarfsgerechter Förderung für sinnvoll erachtet. Bei der

Entwicklung neuer kooperativer Förderstrukturen ist die Eigensinnigkeit bürgerschaftlichen Engagements anzuerkennen und lokal zu stärken.

Es geht um eine sinnvolle Vernetzung und Bündelung der Angebote nach einem gemeinsam mit allen Akteuren abgestimmten jeweils lokalspezifischen Konzept. Den Län-

dern kommt eine besondere Verantwortung für ihre Kommunen zu, die bei Bundesförderungen frühzeitig berücksichtigt werden sollte.

Vorträge und Tagungsunterlagen sind im Internet abrufbar unter: <http://www.deutscher-verein.de/03-events/2012/materialien/dokumentation-f-802-12> ■

## Aus unserem Verlagsprogramm

# Häusliche Pflege: Arrangements und innovative Ansätze

## Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 3/2012

Wie müssen soziale Leistungen und Rahmenbedingungen gestaltet werden, um den Anforderungen häuslicher Pflege gerecht zu werden? Im Fokus stehen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der beteiligten Personengruppen (pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige und professionelle Pflegekräfte) und konkrete Handlungsoptionen für ihre Verbesserung.

### Die Beiträge:

- Rahmenbedingungen, Finanzierung und Organisation häuslicher Pflegearrangements  
*Werner Hesse*
- Bedarfe und Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen – selbstbestimmte Pflege zu Hause  
*Gabriele Kuhn-Zuber*
- Pflegesensible Arbeitszeiten – zwingende Voraussetzung für eine Gleichzeitigkeit von Pflegeverantwortung und Berufstätigkeit  
*Svenja Pfahl/Stephan Reuyß*
- Informelle Arbeitsverhältnisse von Migrantinnen in Privathaushalten Pflegebedürftiger: Ansätze zur Verbesserung  
*Nausikaa Schirilla*
- Pflegen? – Männersache! Männer in der Angehörigenpflege  
*Eckart Hammer*
- Arbeitsbedingungen professioneller und halbprofessioneller Pflege- und Assistenzkräfte in Privathaushalten  
*Muchtar Cheik Dib*
- Qualität und Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege  
*Andreas Büscher/Thomas Klie*
- Anforderungen an eine kultursensible häusliche Pflege  
*Dragica Baric-Büdel*
- Unterstützung für pflegende Angehörige: Entlastungsprogramm bei Demenz (EDe)  
*Frank Weidner/Ursula Laag*

Die Fachzeitschrift hat einen Umfang von 96 Seiten und kostet 14,50 Euro, für Mitglieder des Deutschen Vereins 10,70 Euro. Jahresabo (4 Hefte): 42,70 Euro, für Mitglieder 25,90 Euro (inkl. MwSt, zzgl. Versandkosten).

**Bestellungen direkt bei** Lambertus-Verlag GmbH, Postfach 1026, 79010 Freiburg, Tel. (07 61) 36825-0, Fax (0761) 368 25-33, E-Mail: [info@lambertus.de](mailto:info@lambertus.de)



Deutscher Verein  
für öffentliche und private Fürsorge e.V.  
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin  
[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)